



Menschenrecht statt Moria

Kampagne fordert Ende von Menschenrechtsverletzungen

Zu Ostern startet die Kampagne als Fortsetzung von „Kein Weihnachten in Moria“

pax christi kritisiert gemeinsam mit wichtigen katholischen, ökumenischen und zivilgesellschaftlichen Partnern die verschärfte Politik der Migrationsabwehr an den Außengrenzen der EU, weil diese zunehmend von der Missachtung des Völkerrechts und Verstößen gegen die Genfer Flüchtlingskonvention gekennzeichnet ist. Zu Ostern startet die Kampagne „Menschenrecht statt Moria“. Vom 1. April bis zur Bundestagswahl am 26. September 2021 werden Aktionen durchgeführt und per Brief und Gespräch der Dialog mit dem Deutschen Bundestag gesucht.

„Wir erleben eine Abschottungspolitik an den EU-Außengrenzen, die von massiver militärischer Aufrüstung an Land, im Wasser und durch eine international vernetzte Überwachungstechnik geprägt ist. Schutzsuchende werden durch diese Politik jeden Tag entrechtet. In den sogenannten Hotspots müssen die Geflüchteten unter menschenunwürdigen Bedingungen leben,“ kritisiert die pax christi-Bundesvorsitzende Stefanie Wahl und benennt die Forderungen der Kampagne: „Die Kampagne „Menschenrecht statt Moria“ fordert den sofortigen Stopp dieser illegalen Praxis. Lager wie Moria an den EU-Außengrenzen sollen sofort evakuiert und die Geflüchteten aus humanitären Gründen in Deutschland aufgenommen werden. Die Bundesregierung muss die Aufnahme dieser Menschen durch Städte und Kommunen, die sich zu sicheren Häfen und für die Aufnahme der Geflüchteten bereit erklärt haben, endlich ermöglichen. Illegale Pushbacks und Gewalt gegen Geflüchtete sind zu stoppen!“

Karlies Abmeier, die Vorsitzende des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin betont: „Den Menschen an den europäischen Außengrenzen muss schnell und unbürokratisch geholfen werden. Die Menschenrechte müssen die Richtschnur für die Asylpolitik in der Europäischen Union sein, deshalb unterstützen wir als Diözesanrat die Kampagne.“

Paul Hintzke, der Diözesanvorsitzende des BDKJ Hildesheim erklärt: „Weiterhin leben tausende Geflüchtete in Lagern wie Moria unter menschenunwürdigen Bedingungen. Darunter viele Kinder und Jugendliche. Aussicht Besserung liegt in weiter Ferne - die Politik sieht weg. Die politische Aufmerksamkeit muss sich auf die Menschenrechte in Moria und anderswo richten. Flüchtlingspolitik darf keine Randnotiz bei der kommenden Bundestagswahl sein. Wir müssen über Perspektiven für Geflüchtete sprechen und diese so schnell wie möglich umsetzen.“

Alles zur Kampagne auf www.menschenrecht-statt-moria.de

Kontakt für die Medien

pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann [030 200767812](tel:030200767812) c.hoffmann@paxchristi.de

Online-Talk zum Kampagnenstart

Am Mittwoch, den 31.03.2021 um 16 Uhr diskutiert die pax christi-Bundesvorsitzende mit Margarete Bause, MdB von Bündnis 90/ Die Grünen und mit Frank Heinrich, MdB aus der CDU die aktuelle Situation der Geflüchteten an den EU-Außengrenzen und die Forderungen der Kampagne

Zugangsdaten zu diesem Online-Talk erhalten Sie bei Anmeldung an talk@paxchristi.de oder bei spontaner Teilnahme heute ab 15 Uhr auf www.paxchristi.de im Kalender.

Kontakt zur Kampagne

Projektreferent Daniel Kim Hügel – [030 200767814](tel:030200767814) und keinMoria@paxchristi.de

Immer aktuell informiert durch den Newsletter der Kampagne – Anmeldungen [hier](#)

Träger der Kampagne

pax christi – Deutsche Sektion, AK Asyl Tübingen, AK Flüchtlinge Reutlingen, BDKJ Freiburg, BDKJ-Mainz, BDKJ-Niedersachsen, BDKJ-Rottenburg-Stuttgart, Bistum Essen Diözesanrat, Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz, Caritas Region Caritas-Fils-Neckar-Alb, Deutsche Franziskanerprovinz, Diözesanrat der Katholik*innen im Bistum Hildesheim, Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Berlin, Diözesanrat Rottenburg-Stuttgart, Ev. Schüler*innenarbeit Rheinland, Interfranziskanischen Arbeitsgemeinschaft INFAG, KAB Fulda, KAB Limburg, KAB-Diözesanverband München und Freising e. V., Kath. Dekanat Rüsselsheim mit Katholische Betriebsseelsorge Südhessen, Katholisches Dekanat Worms, Katholikenrat im Bistum Fulda, Koordinationskreis Asyl Darmstadt und Landkreis Darmstadt, Kreisdiakonieverband Ludwigsburg, Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg Osnabrück, Stadtversammlung Frankfurter Katholikinnen, Zentrum Ökumene der Ev. Kirche Hessen Nassau und Kurhessen-Waldeck